

Deutschland-Dingolfing: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 96/2023 19/05/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Dingolfing-Landau
Postanschrift: Obere Stadt 1
Ort: Dingolfing
NUTS-Code: DE22C Dingolfing-Landau
Postleitzahl: 84130
Land: Deutschland
E-Mail: vgv@hsp-projekt.de
Telefon: +49 8631166630
Fax: +49 86311666310
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Erweiterung und Sanierung Kreissenorenheim St. Josef in Reisbach - Tragwerksplanung - LPH 1-6, 8
Referenznummer der Bekanntmachung: 411 SHR_VgV_TWP

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Erweiterung und Sanierung Kreissenorenheim St. Josef in Reisbach - Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 ff HOAI - LPH 1-6, 8

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 207 000,00 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE22C Dingolfing-Landau

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Landkreis Dingolfing – Landau als Träger des Kreissenorenheimes St. Josef, Krankenhausstr. 19, 94419 Reisbach beabsichtigt das Bestandsgebäude entsprechend den Vorgaben des Gesetzes zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung (PfleWoqG) zu sanieren bzw. in Teilen neu zu errichten. Ziel des Trägers ist die Beibehaltung des vorhandenen Angebots von mindestens 64 vollstationären Pflegeplätzen bzw. die Erweiterung dieses Angebots, soweit sinnvoll und umsetzbar, um die steigende Nachfrage nach stationären Betreuungsplätzen einschließlich des Bedarfes von Kurzzeitpflegeplätzen besser decken zu können. Das Kreissenorenheim St. Josef, wurde ca. 1959 errichtet und in den Jahren 1988/1989 erweitert und umgebaut. Das Gebäude erfüllt zum aktuellen Zeitpunkt in vielerlei Hinsicht nicht die gesetzlichen Vorgaben und Anforderungen, insbesondere des PfleWoqG, der AVPfleWoqG sowie der DIN 18040 – 2. Außerdem sind durch die vorhandenen baulichen Gegebenheiten die ständig steigenden Qualitätsanforderungen nur bedingt und mit großem Aufwand umsetzbar. In 08/2021 wurde hierfür eine Konzept- und Machbarkeitsstudie erstellt. Deren Handlungsempfehlung lautet Sanierung, Teilabriss und Neubau des Pflegeheimbereiches. Die enthaltene Grobkostenschätzung beläuft sich auf rd. 12,5 Mio. € brutto (KGR 200-700). Weitergehend ist die Erneuerung der Heizzentrale anstehend; hier bestehen derzeit noch keine konkreten planerischen Überlegungen; dies soll ggf. in der Planungsbearbeitung berücksichtigt werden (Option).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: 1. Vorstellung der vorgesehenen Projektleiter und Erläuterung der Projektorganisation im Hinblick auf die Projektaufgabe / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: 2. Vorgesehene Herangehensweise an die Planungsaufgabe, dargestellt an konkreten Beispielen / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: 3. Projekteinschätzung und vorgesehene Methoden der wirtschaftlichen, funktionalen und nachhaltigen Planung im Hinblick auf die Projektaufgabe, dargestellt an konkreten Beispielen / Gewichtung: 20

Kostenkriterium - Name: 4. Honorar gem. Unterkriterien und bes. Leistungen: Honorarzone, Honorarsatz, Leistungsbild, etc. / Gewichtung: 15

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2022/S 192-544516](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses

24/04/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: APFELBÖCK Ingenieurbüro GmbH

Ort: Dingolfing

NUTS-Code: DE22C Dingolfing-Landau

Postleitzahl: 84130

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 207 000,00 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

(4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

16/05/2023